

AKW Grohnde gefährdet Anwohner akut - Kläger fordern zügiges Gerichtsverfahren

Flugzeugabstürzen oder terroristischen Angriffen auf das AKW Grohnde können in kurzer Zeit zu so hohen Freisetzung führen, dass unmittelbare Anwohner tödlich bedroht sind. Das hat die Physikerin Oda Becker in einem Gutachten festgestellt, das am Freitag in Hannover vorgestellt wurde. Seit Oktober 2015 klagen Anwohner aus Grohnde und Bodenwerder gegen den Betrieb des AKW. Sie fordern eine zügige Durchführung des Verfahrens vor dem OVG Lüneburg und eine vollständige Aktenvorlage durch das Umweltministerium.

Die Gutachterin hat Auswirkungen eines schweren Unfalls im AKW Grohnde für die Kläger untersucht und dabei besonders Abstürze von größeren Verkehrsflugzeugen wie dem A380 berücksichtigt. Grundlage waren Gutachten der GRS zu Flugzeugabstürzen auf AKW von 2002 und eine vom Bundesamt für Strahlenschutz nach Fukushima erstellte Studie über die Freisetzungen nach großen Unfällen in deutschen AKW.

Becker: „Durch einen zufälligen oder gezielt herbeigeführten Absturz eines Großflugzeuges kann es zu fünfmal höheren Freisetzungen und sehr viel schnelleren Ausbreitung kommen. Diskutiert wird heute die Evakuierung im Nahbereich innerhalb von 6 Stunden nach einem Unfall, aber selbst dafür gibt es noch keine Planung. Wir reden hier aber von einer Ausbreitung innerhalb von 2 – 3 Stunden.“ Eine rechtzeitige Evakuierung, schreibt Becker in ihrer Stellungnahme, werde voraussichtlich nicht erfolgen, „die Strahlendosen sind jedoch so hoch, dass der Kläger zu 2 [Grohnde] selbst im Gebäude eine tödliche Dosis erhalten kann.“ (Seite 38)

Angesichts dieser bedrohlichen Situation kritisiert **Kläger Hans-Peter Leiding aus Grohnde** die mangelnde Aktenvorlage durch das beklagte Umweltministerium: „Wir wissen aus Schreiben des Ministeriums, dass es zur Frage des Flugzeugabsturzes Konsultationen mit der Bundesregierung und wohl auch weitere Berechnungen gegeben hat. Zu den Ergebnissen findet sich aber nichts in den Akten.“ Darum hofft Leiding auf eine alsbaldige Terminierung durch das OVG und eine Aufforderung an das Umweltministerium, endlich alle Akten und Fakten auf den Tisch zu legen.

Rückfragen

Oda Becker 0172 7519941

Peter Dickel 0174 - 3576821 (Rechtshilfefonds)

Stichwort Grohnde-Klage:

- Im April 2015 hatten Anwohner gemeinsam mit Greenpeace den Niedersächsischen Umweltminister mit Verweis auf die gewachsen Gefahr von Flugzeugabstürzen aufgefordert, dem AKW-Grohnde die Betriebs-genehmigung zu entziehen.
- Der lehnte dies nach Konsultation mit dem Bund ab.
- Daraufhin haben ein Anwohner aus Grohnde und eine Anwohner-Gemeinschaft aus Bodenwerder im Oktober 2015 beim OVG Lüneburg Klage erhoben und Akteneinsicht beantragt. Nach Akteneinsicht und Begutachtung durch die Physikerin Oda Becker erfolgte im August 2016 eine Klagevertiefung mit der Bitte um alsbaldige Terminierung und Vertiefung der Akteneinsicht.

Chronologie mit allen Dokumenten: <http://www.grohnde-kampagne.de/grohnde-klage/was-bisher-geschah/>

Termin-Hinweis:

19.01.2017 **Anhörung zum Katastrophen-Schutz im Innenausschuß** des Landtages

Rechtshilfefond Atomerbe Grohnde e.V.

www.rechtshilfe-atomerbe-grohnde.de
rechtshilfefonds@grohnde-kampagne.de

Konto: GLS Bank IBAN: DE 58 430 609 674 085 839 4 00